

Question 20:**Grassi. Transport von Vinylchlorid auf der Gotthardlinie
Transport de chlorure de vinyle à travers le Gothard**

Le Conseil fédéral est-il au courant du transit sur l'axe du Saint-Gothard et de l'arrêt en gare de Chiasso de trains bloqués en provenance d'Allemagne, comprenant une vingtaine de wagons-citernes qui contiennent du chlorure de vinyle, gaz très inflammable et parfois explosif? Est-il prêt à intervenir et, éventuellement, à interdire le transit au Tessin de cette matière et d'autres substances dangereuses?

Bundesrat **Ogi**: Der Bundesrat weiss, dass entsprechende Transporte durchgeführt werden. Diese Transporte sind nötig. Sie unterliegen strengen internationalen Sicherheitsvorschriften. Wie ich bereits gesagt habe, werden diese Vorschriften ständig dem neuesten Stand der Technik angepasst. Aufgrund des geltenden Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr können Güterwagen mit gefährlichem Ladegut an der Grenze nicht zurückgewiesen werden. Sie müssen aber den internationalen Sicherheitsvorschriften entsprechen.

Question 21:**Couchepin. Alpentransversale. Stellungnahme Frankreichs****Avis de la France au sujet de la transversale alpine**

L'Allemagne, l'Italie et l'Autriche, par un comité de représentants des ministres des transports, sont consultées quant au choix de la nouvelle transversale alpine. Pourquoi la France n'a-t-elle pas été invitée à donner son point de vue au même titre que les autres pays voisins?

Bundesrat **Ogi**: Der Bundesrat ist mit dem Fragesteller der Auffassung, Frankreich könne bei der Planung einer künftigen Alpentransversale nicht übergangen werden. Das französische Verkehrsministerium wird laufend über die Arbeiten des sogenannten Stellvertreterausschusses «Neue Alpentransversale» orientiert. Das nächste Treffen dieses Ausschusses findet übernächste Woche in Bern statt. Eine neue Alpentransversale wird gebaut. Das wissen Sie. Sie sollte dort entstehen, wo Kapazitätsengpässe vorauszu- sehen sind, und dort, wo ein weiteres Wachstum des Strassenschwerverkehrs nicht erwünscht ist. Das scheint sowohl für die Schweiz wie für Oesterreich der Fall zu sein. Frankreich hat nicht die gleichen Probleme. Wir wollen aber, Herr Nationalrat Couchepin, mit Frankreich eng – ich darf sagen enger – zusammenarbeiten.

Frage 22:**Spälti. Erklärungen der holländischen Transportministerin
Déclarations de Madame le ministre néerlandais des transports**

Die holländische Transportministerin Neelie Smit-Kroes hat die Schweiz verschiedentlich kritisiert in bezug auf die 28-t-Gewichtslimite und ist eine der schärfsten Kritiker unserer Transportpolitik. Anscheinend hat die Ministerin in einem Presseinterview verlauten lassen, dass die Schweiz von der EG nicht mehr gleich loyal behandelt werde wie bisher, wenn Bern zumindest in der Frage von Transitkorridoren nicht einlenken werde. Wie ist diese Drohung zu beurteilen?

Bundesrat **Ogi**: Wir verstehen die Sorge des Fragestellers um den Transitverkehr. Ich kann bestätigen, dass der Bundesrat keinen Grund sieht, eine Aenderung der gesetzlichen 28-Tonnen-Limite für Lastwagen in Erwägung zu ziehen. Die Gewichtsbeschränkung bleibt; sie ist verkehrs-, umwelt-, energie- und siedlungspolitisch geboten. Die Schweiz ist bereit, den kombinierten Bahntransport zu fördern; dies mit einer neuen Eisenbahn-Alpentransversale. Verhältnis zur EG: Gespräche sind seit dem Januar 1988 im Gang. Gesprächsgegenstand ist der Transitverkehr im künftigen liberalisierten europäischen Markt. Es besteht für den Bundesrat kein Anlass, ausserhalb der offiziellen EG- und CEMT-Kontakte auf Zeitungsinterviews der holländischen Verkehrsministerin einzugehen.

Spälti: Ich danke für die Antwort. Es ist erkannt worden, dass es hier um eine sowohl umweltpolitisch als auch verkehrspolitisch zentrale Frage für unser Land geht. Ich muss aber trotzdem folgendes festhalten: Auch wenn es sich nur um ein Interview mit dem «Tages-Anzeiger» handelt, ist es eine offizielle Stellungnahme eines Regierungsmitgliedes. Die holländische Verkehrsministerin hat gesagt: «Im Prinzip bin ich gegen Vergeltung. Ich glaube, dass Vergeltungsmassnahmen nur dann getroffen werden sollten, wenn klar ist, dass man sich nicht einigen kann.» Das heisst doch: Wenn wir uns mit der Schweiz nicht einigen können, wenn die Schweiz diese 40 Tonnen nicht zulässt, dann wollen wir dafür sorgen, dass die EG Vergeltungsmassnahmen ergreift. Das ist eine klare Drohung, die jeglichen diplomatischen Gepflogenheiten widerspricht.

Ich bin deshalb etwas in Zweifel, ob es richtig sei, wenn der Bundesrat in einem solchem Fall nicht klar Stellung bezieht, und ich möchte einfach die Zusatzfrage stellen – vielleicht mehr im Sinne einer Anregung –: Ist der Bundesrat in einer derart zentralen Frage bereit, in Zukunft eben doch zu einer solchen Drohung klar Stellung zu beziehen?

Bundesrat **Ogi**: Wir haben von diesen Ausführungen auch nur im «Tages-Anzeiger» Kenntnis genommen. Der Bundesrat macht kein «Management by Zeitungsinterview». Wir werden anlässlich der CEMT-Tagung, die im Mai stattfinden wird, Gelegenheit haben, mit meiner Kollegin zu sprechen.

Question 23:**Spielmann. Transport von Nuklearabfällen
Trafic de déchets nucléaires**

Les activités de la centrale atomique belge de Mol, qui est devenue une véritable plaque tournante d'un trafic de déchets nucléaires européens englobant la centrale suisse de Mühleberg et les transports routiers illicites de produits hautement radioactifs par la firme Transnuklear inquiète à juste titre la population. Le scandale est encore amplifié par les révélations de la presse allemande sur la fourniture au Pakistan et à la Libye de produits permettant la fabrication d'armes nucléaires. Selon ces informations plusieurs firmes suisses seraient impliquées dans ces trafics.

Le Conseil fédéral peut-il informer l'assemblée sur la situation et les mesures qu'il a prises ou va prendre pour mettre fin à ces activités illicites et faire toute la lumière sur cette affaire?

Bundesrat **Ogi**: Wir bedauern die Vorkommnisse rund um die Firma Transnuklear. Die Ereignisse machen betroffen. Es wird gefährliches Material transportiert, nicht Papier. Deshalb dürfen keine Ungereimtheiten vorkommen. Die Untersuchungen der deutschen und belgischen Behörden über die Aktivitäten der Firma Transnuklear sind noch nicht abgeschlossen. Es steht aber heute fest, dass bis jetzt keine Beweise oder Anhaltspunkte für eine Verletzung des Atomsperrvertrages und folglich für die behauptete Beteiligung von Schweizer Firmen gefunden wurden. Allfällige strafbare Handlungen wurden im Ausland begangen und werden auch dort untersucht und geahndet, weshalb der Bundesrat ausser der Gewährung von Rechtshilfe nichts beizutragen hat.

Frage 24:**Mauch Ursula. Affäre Transnuklear
Affaire Transnuklear**

1. Welche Untersuchungen hat der Bundesrat im Zusammenhang mit dem Transnuklear-Skandal angeordnet?
2. Wann und in welcher Form gedenkt der Bundesrat das Parlament umfassend über die Auswirkungen dieses Skandals auf die Schweiz und auf die nukleare Entsorgung unseres Landes zu informieren? Ist er bereit, auch darüber Auskunft zu geben, ob Personen oder Firmen in der Schweiz unmittelbar oder mittelbar am Skandal beteiligt sind?

Bundesrat **Ogi**: Frau Nationalrätin Mauch, der Bundesrat nimmt die Vorfälle rund um Transnuklear ernst. Ich habe das